



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 29.08.2019	Beginn 17:00 Uhr	Ende 22:17 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf
Hortolani, Frauke, Dr.
Kaufmann, Michaela, Dr.
Kick, Hans-Werner
Philipp, Gerd
Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Wapenhans, Detlef
Weidner, Johnnie
Flüshöh, Oliver
Happe, Andreas
Heinemann, Manfred
Lenz, Heinz-Jürgen
Lusebrink, Hans-Otto
Müller, Michael
Nockemann, Frank
Sartor, Christiane
Thier, Heinz Georg
Zeilert, Hans-Jürgen
Beckmann, Philipp J.
Meckel, Klaus
Pfeffer, Jörg
Schwunk, Michael
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Bockelmann, Christian, Dr.
Garn, Elke
Kranz, Jürgen
Feldmann, Jürgen
Lubitz, Eleonore
Burbulla, Johanna
Schulz, Jürgen
Stutzenberger, Olaf

Vorsitzende

Grollmann-Mock, Gabriele

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Dünninghaus, Hans-Jürgen

Graeve, Heidi

Guthier, Wilfried

Heringhaus, Petra

Jansen, Matthias

Michaelis, Sandra

Müller, Ursula

Passehl, Margit

Peters, Hildegard

Rath, Christiane

Rudolph, Heike

Schweinsberg, Ralf

Striebeck, Thomas

Schriftführer/in

Liebscher, Sybille

Abwesend:

Mitglieder

Christoforidou, Elissavet

Kirschner, Thorsten

Philipp, Sylvia, Dr.

Kampschulte, Matthias

Weidenfeld, Uwe

Frau Bürgermeisterin Grollmann begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Ratssitzung und spricht traditionell zunächst allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung am 27.06.2019 Geburtstag hatten, nachträgliche Geburtstagsglückwünsche aus.

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-------|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Niederschrift zur Sitzung vom 04.04.2019 - Kenntnisnahme und Feststellung - | |
| 4 | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung | |
| 5 | Mitteilungen der Bürgermeisterin | |
| 5.1 | Anregung nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) - Vertagung der derzeitigen Planung Teil 1 | 151/2019 |
| 6 | Zentralisierung | |
| 6.1 | Anregung nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) - Neuplanung Rat- und Kulturhaus | 148/2019 |
| 6.2 | Anregung nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) - Vertagung Planung Rathaus Teil 2 | 152/2019 |
| 6.3 | Freigabe der aktuellen Entwurfsplanung Rathaus und Kulturzentrum einschließlich Kostenberechnung | 121/2019 |
| 6.3.1 | gemeinsamer Antrag FDP - SWG/BfS Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage 121/2019 vom 29.8.2019 | 154/2019 |
| 6.4 | Terminplanung Rathaus und Kulturzentrum | 125/2019 |
| 6.5 | Einsatz von Wasserstoff als Blockheizkraftwerk-Brennstoff | 123/2019 |
| 7 | Teilnahme am 7. Energieforschungsprogramm "Innovationen für die Energiewende" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie | 120/2019 |
| 8 | Bericht zum Sachstand Kesselhaus | 143/2019 |
| 8.1 | gemeinsamer Antrag der Fraktionen FDP - SWG/BfS vom 29.08.2019 | 153/2019 |

- | | | |
|----|---|----------|
| 9 | Entwurf des Jahresabschlusses 2018 (Komplettfassung) | 113/2019 |
| 10 | Überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen bei Haushaltsstelle 06.03.04.533100 - Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen - Eingliederungshilfe | 118/2019 |
| 11 | Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung | |

B Nichtöffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-----|--|------------|
| 1 | Mitteilungen | |
| 2 | Zentralisierung | |
| 2.1 | Freigabe der aktuellen Entwurfsplanung Rathaus und Kulturzentrum einschließlich Kostenberechnung | 121/2019/2 |
| 3 | Bericht aus Beteiligungsgesellschaften | |
| 4 | Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung | |
| 5 | Veröffentlichungssperre | |

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Anschließend eröffnet Frau Grollmann die heutige Sitzung. Sie nimmt Bezug auf die Informationen die im Rahmen der Frühjahrsmesse seitens der Verwaltung gegeben wurden.

Weiter weist sie auf die geplante Einladung zur Bürgerinformationsveranstaltung hin, in welcher die Verwaltung und Teile der Politik weitere Informationen zum Sachstand geben werden.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung macht sie folgende Vorschläge:

Ich schlage vor den Tagesordnungspunkt „Anregung nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) - Neuplanung Rat- und Kulturhaus“ als Tagesordnungspunkt 6.1 mit der Vorlage 148/2019 auf die Tagesordnung aufzunehmen. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit nach § 48 Abs. 1 GO, die keinen Aufschub duldet.

Aus dem gleichem Grund schlage ich vor die Vorlagen 151/2019 und 152/2019 als Punkt 6.2 und 6.3 mit auf die Tagesordnung zu nehmen. Auch hier handelt sich um Anregungen nach § 24 GO NRW, die keinen Aufschub dulden.

Der Tagesordnungspunkt „Freigabe der aktuellen Entwurfsplanung Rathaus und Kulturzentrum einschließlich Kostenberechnung“ mit der Vorlage 121/ 2019 soll um die Vorlage 154/2019 ergänzt werden. Hier handelt es sich um einen gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen FDP und SWG/BfS zur Vorlage 121/2019.

Der Tagesordnungspunkt „Bericht zum Sachstand Kesselhaus“ soll um die Vorlage 153/2019 gemeinsamer Antrag der Fraktionen FDP und SWG/BfS ergänzt werden.

Der Verwaltung ist am heutigen Tage ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen FDP und SWG/BfS zur Änderung der Tagesordnung zugegangen. Hier wird beantragt, dass die Verwaltungsvorlage 143/2019 vor der Verwaltungsvorlage 121/2019 beraten wird.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Niederschrift zur Sitzung vom 04.04.2019 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Frau Grollmann weist darauf hin, dass von den Ratsmitgliedern nach rechtzeitiger Zuleitung der Niederschrift keine Einwände gegen diese vorgetragen worden seien.

Die Niederschrift zur Sitzung vom 04.04.2019 wird zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass Einwände gegen sie nicht erhoben werden.

4 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

Herr Wendt fragt, welche Auswirkung das Projekt auf die Hebesatzpunkte habe.

Herr Dr. Koch verliest seine Anträge und Fragen (*dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt*)

Herr Schweinsberg antwortet Herrn Dr. Koch ausführlich. (*dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt*)

Frau Grollmann führt weiter zur Digitalisierung der Verwaltung und die damit verbundenen Änderungen aus. Die Verwaltung müsse neben einem verpflichtenden Online-Angebot (Online-Zugangsgesetz) auch alle herkömmlichen Kommunikationswege anbieten. Auch ersetze das Online-Angebot und die digitale Abwicklung der Verfahren die eigentliche Sachbearbeitung. Auch stehe dem Online-Zugang die Sensibilität hinsichtlich persönlicher Daten der Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Die Nutzung des zukünftigen Online-Angebotes sei nur mit einem „Bürgerkonto“ möglich, in welchem eine Vielzahl von persönlichen Daten hinterlegt seien.

Herr Professor Seckelmann begründet seine eingereichte Petition (Wertung als Eingabe gemäß § 24 Geschäftsordnung NRW) und stellt abweichende Beobachtungen zur Brache Brauereigelände fest als die, die von der Verwaltung kommuniziert werden. Er weist darauf hin, dass die Brache nicht durch die Insolvenz der Brauerei, sondern durch den Verkauf des seinerzeitigen Eigentümers entstanden sei. An der Stelle fehlen ihm wesentliche Kosten, die seitens der Verwaltung nicht dargestellt worden seien. Er verstehe nicht, wie die Verwaltung dieses Grundstück ohne Kenntnis der Bodenbeschaffenheit habe kaufen können. Weiter halte er die Planung für unverständlich, die für über die Hälfte der Fläche keine Planung vorsehe.

Herr Dr. Meyer könne sich auch ein privatwirtschaftliches Engagement vorstellen, mit dem ähnliche Abkommen erreicht werden können. Er warne davor, sich gegenseitig Mieter abzuwerben.

Herr Schweinsberg antwortet, dass die Verwaltung beabsichtige, auf die Einzelhändler zuzugehen und gemeinsame Konzepte zu entwickeln. Dafür müsse Verwaltung aber erst Beschlüsse abwarten.

Herr Ullrich Sebering fragt konkret,

- wie Verwaltung „wirtschaftlich“ definiere,
- mit wieviel Zuschüssen die Verwaltung gerechnet habe, um die Bürger*innen nicht zu belasten und

- Gerichtet an die Politik; wo die Politik diese Fragen gestellt habe.

Herr Schweinsberg antwortet, dass Verwaltung „Wirtschaftlichkeit“ nur unter den gegebenen Rahmenbedingungen definieren könne. Die Aufgaben stellen sich unter Effizienz- und Kostengesichtspunkten. Die Verwaltung könne nicht als „freier Unternehmer“ handeln.

Förderzuschüsse habe man nicht gerechnet, da keine entsprechende Beschlussfassung zur Beantragung vorliege. Es gebe diverse „Fördertöpfe“, die aber erst durch eine entsprechende Beschlusslage angesprochen werden können. Daher habe Verwaltung die Zuschüsse zunächst mit null Euro gerechnet.

Herr Wolfgang Kittler fragt, ob es auch ein wenig kleiner gehe und ob zwingend Geschäfte integriert werden müssen. Er begründet, dass eine 6 geschossige Bauweise zu viel Gewicht für den vorhandenen Untergrund bedeute. Er fragt, ob es nicht einfacher sei das Rathaus und das Kulturhaus auf den Moltkeplatz zu setzen. Weiter fragt er, warum unbedingt eine Tiefgarage gebaut werden müsse.

Herr Schweinsberg stellt richtig, dass man nicht 6-geschossig, sondern 3- respektive 4-geschossig baue. Weiter verweist er auf die bestehende Beschlusslage, Ladenlokale zu verorten. Persönlich vertrete er die Meinung, dass dies zur Belebung der Innenstadt beitrage.

Weiter wisse man nicht, wie schnell die Verkehrswende komme. Sowohl Mieter als auch Ladeninhaber weisen aus, dass ausreichende Parkplätze ein „Muss“ seien.

Horst Siebel bittet um Stellungnahme der Verwaltung zu den Vorwürfen des Professor Dr. Seckelmann.

Herr Schweinsberg antwortet, dass er keinen Ansatz eines kriminellen Handelns sehe und daher nicht beabsichtige hierzu Stellung zu nehmen.

Herr Feldmann nimmt Bezug auf den Arbeitskreis Zentralisierung, der hinter verschlossenen Türen tage und er daher nichts Konkretes aussagen könne. Die Frage des Herrn Wendt, ob sich das Projekt auf die Hebesätze auswirke, beantwortet er dahingehend, dass sowohl von Verwaltung als auch von Teilen der Politik bereits 2015 festgestellt worden sei, dass sich die Mehrkosten auf die Hebesätze auswirken.

Herr Wolfgang Wagner fragt, warum der Arbeitskreis Zentralisierung hinter verschlossenen Türen tage.

Die Verwaltung antwortet, dass sowohl der Rat der Stadt Schwelm, wie auch die Bürgermeisterin demokratisch gewählt und mandatiert seien, Beschlüsse zu fassen. Der Arbeitskreis Zentralisierung sei vom Rat der Stadt Schwelm gebildet worden. Der Arbeitskreis habe sehr konstruktiv zur Entwurfsplanung beigetragen und es sei über die Fachausschüsse alles veröffentlicht worden. Was aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht worden sei, seien die Vergaberichtlinien gewesen. Der Arbeitskreis habe Entscheidungen kompetent vorbereitet und alle Entscheidungen seien später beraten und beschlossen worden.

Herr Kick führt aus, dass es durchaus Sinn mache, solche komplexen Sachverhalte zunächst nicht öffentlich zu besprechen.

Herr Severing verweist auf die Gemeindeordnung und bittet darum, den Grundsatz der Öffentlichkeit zu beachten.

Herr Feldmann merkt an, dass es durchaus in der Vergangenheit Versuche gegeben habe, den Arbeitskreis zu „veröffentlichen“. Seiner Meinung nach sei der Arbeitskreis ein Gremium und unterliege damit dem § 48 Gemeindeordnung NRW.

Frau Lubitz stellt sich als Mitglied des Arbeitskreises Zentralisierung vor und weist Herrn Severing darauf hin, dass schon immer interfraktionelle Anträge gegeben habe, was darauf schließen lasse, dass Politik sich abstimme.

Herr Andreas Wendt warnt davor, dass die Verwaltung sich immer mehr von den Bürger*innen entferne. Er bringt verschiedene Beispiele, wo die Verwaltung aus seiner Sicht hätte kulanter reagieren können.

Frau Grollmann-Mock erwidert, dass sie das nicht so sehe, da sie mehrfach das Gespräch mit den Bürger*innen suche.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Frau Grollmann-Mock den Tagesordnungspunkt.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Frau Grollmann-Mock bedankt sich bei Herrn Jansen stellvertretend für alle Einsatzkräfte für den großartigen Einsatz bei den Bränden in der Altstadt und des Kornspeichers. Es folgt ein langanhaltender Beifall des Gremiums und der anwesenden Zuschauer*innen*.

Herr Jansen bedankt sich und stellt fest, dass alle Mitglieder*innen der Feuerwehr ihr Amt mit Herzblut ausfüllen. Die Feuerwehr stehe zu ihrer Stadt und wird auch in Zukunft ihre Arbeit leisten.

Frau Grollmann-Mock teilt mit, dass 18.000 € für die betroffenen Personen, Familien und deren Angehörige in voller Höhe zur Verfügung stehen.

5.1 Anregung nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) - Vertagung der derzeitigen Planung Teil 1 151/2019

Beschluss:

Die derzeitige Planung ist zu vertagen, bis die gesamtheitliche Planung unter Einbindung der Konzepte für

- Kesselhaus und (nach vorliegen Gutachten)
- Parken

geklärt ist und es möglich ist, eine gesamtheitliche Entscheidung zu fällen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	26
	Enthaltungen:	0

6 Zentralisierung

6.1 Anregung nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) - Neuplanung Rat- und Kulturhaus 148/2019

Herr Feldmann wird den Anregungen zustimmen, weist aber darauf hin, dass je nachdem, wie sich die Kosten entwickeln, man sich die Frage stellen müsse, ob es noch wirtschaftlich sei. Er behält sich vor gegebenenfalls am Ende einen Antrag zu stellen.

Frau Grollmann-Mock ruft zur Abstimmung über die Vorlage 148/2019 auf.

Beschluss:

Die laufende Planung für ein Rat- und Kulturhaus wird aufgegeben zugunsten einer Neuplanung von beidem auf dem ganzen Brauereigelände und nur diesem.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	26
	Enthaltungen:	0

6.2 Anregung nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) - Vertagung Planung Rathaus Teil 2 152/2019

Herr Schwunk finde es wichtig die Fragen der Bürger*innen zur Kenntnis zu nehmen.

Der Arbeitskreis Zentralisierung habe entgegen dem § 48 Gemeindeordnung NRW nicht öffentlich getagt und habe Beschlüsse gefasst. Weiter habe er Tischvorlagen bekommen, über die habe abgestimmt werden sollen. ER habe wiederholt darum gebeten, diese Sachverhalte im Liegenschaftsausschuss zu beraten. Die Verwaltung habe weiter keine Fragen beantwortet, welche Auswirkungen die Kosten auf die Hebesatzpunkte haben. Herr Schwunk führt weiter aus, dass die seinerzeitige Kostenschätzung sich auf 17 Mio belief und man mittlerweile von 32 Millionen spreche. Ihm und seiner Fraktion lägen keine tragfähigen Wirtschaftlichkeits- und ebenso wenig Schuldenanalysen vor. Die Situation werde den Haushalt auch in 10 Jahren noch belasten. Dazu gebe es noch keine konkreten Aussagen zu den Auswirkungen auf den Einzelhandel. Ihm fehle weiter die Antwort zu den

Mehrkosten bei Baugründung und die Antwort darauf, warum vor dem Kauf kein Bodengutachten eingeholt worden sei. Auch die Verortung der 200 Parkplätze erschließe sich ihm nicht.

Herr Schweinsberg antwortet, dass es eine Wirtschaftlichkeitsanalyse gegeben habe. Seinerzeit sei diese ohne den Einzelhandel erstellt worden. Die Entscheidung sei 2012 gefallen. Ein Bodengutachten habe vorgelegen und konnte erst nach der Entwurfsplanung konkretisiert werden.

Herr Flüshöh führt aus, dass man Beschlüsse gefasst habe das Rathaus an der Gustav-Heinemann-Schule zu verorten. Danach habe es einen großen Bürgerprotest gegeben. Er geht auf die Beschlussgeschichte ein.

Ein zweiter Punkt sei für ihn, dass gewisse Entscheidungen nicht in einem größeren Kreis diskutiert werden können. Die Bürger*innen haben mehrere Möglichkeiten sich zu informieren. Dafür gebe es unter anderem öffentliche Hauptausschuss- und Ratssitzungen.

Er und seine Fraktion werde dem Vertagungsantrag nicht zustimmen.

Herr Beckmann antwortet, dass die FDP Politik eine klare Linie verfolge, die alle Institutionen der Verwaltung an einem zentralen Ort verorte. Mittlerweile sei man bei 32,5 Millionen. Die FDP war und ist immer noch für den Einzelhandel. Aber dafür ein städtisches Gebäude auszulagern, trage die FDP nicht mit. Weiter fragt Herr Beckmann wie hoch die Annahme für den Verschuldungszinssatz sei. Dies habe zwar keine direkten Auswirkungen im Ergebnishaushalt, aber sehr wohl im Finanzhaushalt. Sicher seien sich auch Gedanken zu Vermietung und Verpachtung gemacht worden. Das Bodengutachten habe zum Zeitpunkt des Grundstückskaufes laut Aussage der Bürgermeisterin Grollmann-Mock nicht vorgelegen. Jetzt liege es vor, aber er und seine Fraktion kenne es immer noch nicht.

Herr Feldmann kenne das Bodengutachten auch nicht.

Herr Beckmann möchte seine Fragen beantwortet wissen.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt „Überführung der Entwurfsplanung in die Ausführungsplanung“ heiße. Die sehr spezifischen Fragen könne er heute nicht beantworten.

Herr Kranz hat den Eindruck, dass hier eine Entscheidung durchgedrückt werden solle und er fragt sich, wie sich die Bürger*innen fühlen, die ab jetzt nichts mehr sagen können.

Da keine weiteren Wortbeiträge vorliegen, ruft Frau Grollmann zur Abstimmung über die Vorlage 152/2019 auf.

Beschluss:

Die derzeitige Planung ist zu vertagen, bis die Fragen aus der Bürgerversammlung vom 25.8.19 positiv beantwortet sind.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	26
	Enthaltungen:	0

6.3 Freigabe der aktuellen Entwurfsplanung Rathaus und Kulturzentrum einschließlich Kostenberechnung 121/2019

Herr Schweinsberg erläutert die Vorlage der Verwaltung und führt aus, dass in den Planungskosten von 32,6 Millionen auch die Gründungskosten enthalten seien.

Weiter habe sich Verwaltung auch den Lebenszyklus angeschaut. Vor diesem Hintergrund seien entgegen den ursprünglichen Planungen nunmehr ALU-Fenster vorgesehen. Mit dem Votum des Arbeitskreis Zentralisierung schlage Verwaltung vor, nicht über Klimaschutz zu reden, sondern ihn umzusetzen. Einen Klimaschutz zum Nulltarif werde es nicht geben.

Auch eine Tiefgarage sei notwendig, wie die Vorlage erläutere.

Herr Striebeck erläutert die Entwurfsplanungen im Detail.

Frau Rath nimmt als Vorsitzende des Personalrates Stellung und führt aus, dass ein Neubau zwingend notwendig sei, da die Mitarbeiter/innen derzeit in sehr beengten und teilweise auch arbeitsschutzbedenklichen Büros arbeiten.

Herr Kranz stellt mündlich folgenden Antrag:

Zur Entwurfsplanung des Rathauses und des Kulturzentrum wird gemäß § 23 GO eine Einwohnerversammlung durchgeführt.

Herr Schwunk führt aus, dass die FDP Fraktion diesen Antrag mittrage und das der Sinn des Antrages dahin gehe, dass die Bürger/innen eine Möglichkeit zur Stellungnahme haben. Eine reine Informationsveranstaltung erfülle diesen Zweck nicht.

Hinsichtlich des Ratsbürgerentscheids führt Herr Schwunk weiter aus, dass es die Bürgerschaft gefordert habe und man jetzt darüber auch abstimmen wolle. Er nimmt Bezug auf einen vormaligen Ratsbürgerentscheid bei dem die FDP Fraktion seinerzeit dagegen war. Herr Flüshöh habe damals massiv auf die FDP hinsichtlich einer Allianz eingewirkt gegen den Ratsbürgerentscheid zu stimmen. Aus Sicht des Herrn Schwunk sei der Ratsbürgerentscheid das richtige Mittel um Entscheidungen mit einer solchen Tragweite abzustimmen.

Das neue Rathaus werde vor einer Ruine stehen wenn das Kesselhaus nicht zur Nutzung angepackt werde.

Es werde viel Geld für ökologische Projekte ausgegeben. Ökologisch sinnvoll scheine für ihn ein Objekt und nicht 3.

Er appelliert an die Verwaltung und das Gremium das Kesselhaus mit einzubeziehen. Der Ratssaal könne ebenerdig gebaut werden und weiter hätte man die Schlucht des Durchganges nicht.

Hinsichtlich der Digitalisierung führt Herr Schwunk weiter aus, dass dadurch naturgemäß eine Reduzierung der Arbeitsplätze stattfindet. Die Stadt Wuppertal habe angeblich knapp 40% der Arbeitsplätze in ein Homeoffice oder ein Desksharing überführt.

Bisher sei durch Verwaltung signalisiert worden, dass die 30 Millionen die absolute Obergrenze seien. Dies sei zum jetzigen Zeitpunkt schon nicht mehr der Fall. Laut Verwaltung liege die Begründung im Baugrund. Auch sei die Veranschlagung einer Schließanlage vergessen worden. Und so gäbe es noch weitere Sonderposten, die nach und nach die Planungskosten erhöhen werden.

Auch habe eine Risikoanalyse neben der fehlenden Beteiligung der Öffentlichkeit nicht stattgefunden.

Die Konsequenz sei ein erheblicher Anstieg der Hebesatzpunkte, zumal die mittlere Finanzplanung schon einen Anstieg auf 950 Hebesatzpunkte vorsehe.

Auch werden die Gewerbesteuer und die Schlüsselzuweisungen zurück gehen. Daher rufe Herr Schwunk nochmals auf, endlich die Bürger mitzunehmen. Das Gremium solle den Mut finden, den Einzelhandel aus den Planungen herauszunehmen und die Kulturbereiche an der Stelle verorten. Dies führe zu einer Ersparnis von 9 Millionen Euro.

Herr Kick führt, an Herrn Schwunk gerichtet aus, dass dieser sich bitte vorstellen möge, dass der Arbeitskreis Zentralisierung mit so einer komplexen Themenlage öffentlich getagt hätte.

Der Rathausneubau sei eine Chance zur städtebaulichen Entwicklung und darüber hinaus zur Generierung von Fördermitteln.

Das gesamte Handeln und der Weg seien angemessen gewesen hinsichtlich der Projektstruktur und des verantwortungsvollen Umgangs mit dieser Thematik.

Er und seine Fraktion halte es für unverantwortlich den Planungsprozess an dieser Stelle abubrechen und alles „auf Null“ zu stellen.

Man müsse ab einem gewissen Punkt auch zu einer Entscheidung kommen. Ein riesiges Sehnen nach Sicherheit und Risikolosigkeit für zu einem Stillstand.

Herr Kick hoffe, dass der Rat zu einer Entscheidung komme und damit zu einer positiven Stadtentwicklung beitrage.

Herr Flüshöh bemerkt, dass die Schlüsselzuweisungen um ca. 3,5 Millionen höher ausfallen werde als von Herrn Schwunk angenommen.

Weiter führt er aus, dass es vielfältige Informationsmöglichkeiten gegeben habe. man sei nicht am Anfang sondern mitten im Prozess.

Ja, es habe ein Bürgerbegehren mit über 3.500 Unterschriften gegeben und der Rat habe einen Weg gefunden damit umzugehen.

Es scheine eindeutig und unstrittig zu seine, dass eine neues Rathaus auf dem Gelände der Brauerei gebraucht werde. Die jetzige Diskussion über eine Ladenpassage sei entbehrlich, da hierzu eine klare Beschlusslage vorliege.

Der Antrag der Fraktion SWG/BfS habe vorgelegen alles im Kesselhaus unterzubringen.

Er und seine Fraktion stehe zu der Verortung des Einzelhandels und auch zur Tiefgarage. Weiter stehe die CDU Fraktion aber auch für eine lebenswerte Innenstadt mit Aufenthaltsqualität und sei der Auffassung, dass der eingeschlagene Weg der richtige sei.

Die Entweicklung des Kesselhauses erfordere einen politischen und öffentlichen Konsens. Diesen jetzt zu finden werde das derzeitige Projekt weit nach hinten ziehen und damit zu Mehrkosten führen. Ja, man könne für wedniger Kosten bauen und auch im Betrieb des Gebäudes sparen. Aber der Arbeitskreis Znetralisierung habe einen Konsens gefunden, der mehrheitlich getragen werde. Ziel bleibe es die Steuerbelastungen stabil zu halten und niemand habe die Absicht an der Steuerschraube zu drehen.

Man sehe hier eher einen Konsolidierungsbeitrag. Die Fördermittelanträge seinen schon geschrieben und es sei weiter zu erwarten, dass es eher Konsolidierungen gebe.

Dieses Ergebnis sei ein Ergebnis direkter Demokratie. Und mit genau dieser direkten Demokratie beginne man jetzt das Ergebnis in Frage zu stellen.

Man möge doch nach 9 Jahren Diskussion nun endlich an den Punkt kommen, wo man auch baue. In den Verwaltungsgebäuden arbeiten immer noch Menschen, deren Arbeitsbedingungen unerträglich seien.

Herr Gießwein schließe sich den Ausführungen der Herren Kick und Flühshöh in vielen Punkten an. Auch seine Fraktion habe in Anbetracht des Bauvolumens Bauchschmerzen. Er bedanke sich ausdrücklich bei Dr. Koch, der die Diskussion sachlich und nicht polemisch geführt habe.

Er und seine Fraktion äußern keine Kritik am jetzigen Standort. Diese Diskussion sei vorbei. Gleichwohl werde er und seine Fraktion konstruktive und prozessfördernde Kritik weiter anbringen.

Über den Arbeitskreis Zentralisierung habe seine Partei versucht den Prozess positiv mitzugestalten. Die Lebenszyklusbetrachtung unter Kostengesichtspunkten habe er vehement einfordern müssen. Im Ergebnis gebe es jetzt Holzboden statt Linoleum und ALU-Fenster statt Kunststofffenster.

Aus seiner Sicht vernachlässige die Diskussion der FDP Fraktion den Nachhaltigkeitseffekt. Für die öffentliche Hand sollte die Langlebigkeit im Fokus stehen. Man habe sehr viel durch die Diskussion der Lebenszykluskosten erreicht aber auch viel Zeit verloren. Herr Gießwein erinnert daran, dass seine Fraktion schon sehr frühzeitig auf viele Dinge hingewiesen habe. Die Beheizung sehe er weiter kritisch. Ein Alternativvorschlag sei von der Verwaltung ausgebremst worden. Andere Kommunen fänden mit mutigeren Verwaltungen Wege in den echten Klimaschutz.

Die Verteuerung durch die Baugründung führe bei ihm zu Unmut, da jeder gewusst habe wie der Baugrund aussehe. Hier liege ein offensichtlicher Planungsfehler vor.

Man sei auf einem guten Weg bessere Arbeitsplätze zu schaffen und den Krater zu beseitigen.

An die Fraktionen FDP und SWG/BFS gerichtet stellt Herr Gießwein fest, dass beide Fraktionen von Anfang an Mitglieder im Arbeitskreis Zentralisierung seien. Eine konstruktive Mitarbeit habe es aber nicht gegeben. Es habe Chancen für alle gegeben, sich mit Anträgen einzubringen. Wer eine vernünftige städtebauliche Entwicklung wolle, könne sich auch mehrere Gebäude vorstellen.

Zusammenfassend stellt Herr Gießwein fest, dass es viel zähes Ringen auch ohne die Unterstützung anderer Fraktionen im Arbeitskreis Zentralisierung gegeben habe. Er dankt ausdrücklich Herrn Lenz für seine kompetente Hilfe.

Er und seine Fraktion habe sich entschlossen der vorgestellten Planung zuzustimmen.

Frau Lubitz geht auf die Historie des Vorhabens ein. Seit 10 Jahren seien Mitarbeiter in Unsicherheit und die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich von Tag zu Tag. Wenn heute kein Beschluss gefasst werde, müssen die Mitarbeiter noch weitere 5 Jahre in diesen Bedingungen arbeiten. Als Ratsmitglieder stehe man in der Verantwortung dass es den Mitarbeitern gut gehe und damit auch der Bürgerschaft.

Ein Punkt des Bürgerbegehrens sei erfüllt worden. Das Rathaus habe seinen Platz in der Mitte der Stadt gefunden. Sie finde es unseriös, dass man immer wieder die 17,4 Millionen oder den Standort Moltkestraße in die Diskussion einbringe. Sie finde es begrüßenswert, dass das Kulturzentrum jetzt so gebaut werde, wie es geplant gewesen sei. Das Rathaus habe ganz andere Kostenfaktoren. Frau Lubitz sei froh darüber, dass auch die ökologischen Aspekte diskutiert worden seien. Wer jetzt meine er müsse den Bau verschieben, könne nur verlieren.

Herr Kranz führt aus, dass der vergangene Montag ein wichtiger Tag für Schwelm gewesen sei. Es sei ein schwarzer Tag gewesen, da man jetzt die Quittung für diese „Nacht und Nebel Aktion“ bekommen habe. Schlimmeres als wie das, was in dem Gutachten stünde, habe nicht passieren können. Er sehe die Wirtschaftlichkeit beim Kesselhaus nicht, wenn dort Wohnungen geplant seien. Von den ursprünglich 130 Parkplätzen seien auch nur noch 55 verblieben, da der Rest dem Einzelhandel vorbehalten sei. Wo sehe die Verwaltung Parkmöglichkeiten für die Besucher der VHS und der Mitarbeiter? Er persönlich gehe von einer Kostensteigerung aus, die nicht mehr konsolidiert werden könne. Für ihn müsse hier und jetzt die Notbremse gezogen werden. Manchmal sei ein Rückschritt besser als mit dem Kopf durch die Wand zu wollen.

Er bittet dem Antrag über das integrierte Konzept zu folgen. Das Bürgerbegehren sei gemacht worden, stelle für ihn aber die Vorstufe zum Bürgerentscheid dar.

Der Bürgerentscheid war hinfällig, wenn ein Gericht das Bürgerbegehren für zulässig erklärt hatte. Daher sei der Ratsbürgerentscheid für ihn der jetzt einzig richtige Weg.

Herr Feldmann nimmt ebenfalls Bezug zur Historie der Beschlusslage. Der über 1,5 Jahre währende Prozess habe Investoren abspringen lassen. Wenn der Bürgerentscheid durchgegangen wäre, hätte es für die Befürworter des Standortes Gustav-Heinemann-Schule schlecht ausgesehen. Herr Feldmann begründet weiter, weshalb er den Standort Moltkestraße/ Schillerstraße favorisiere.

Für Frau Burbulla sei alles gesagt. Die BÜRGER sei eine Fraktion, die den Neubau komplett abgelehnt habe. Aber sie habe sich im Prozess belehren lassen und stehe

heute zu dem Projekt, wie es sich derzeit darstelle. Es sei ein demokratischer Prozess gewesen und sie habe auch wahrgenommen, dass es Bürgerwille gewesen sei das Rathaus in die Mitte der Stadt zu bauen. Ebenfalls habe sie den Willen wahrgenommen, dass die Brache bebaut wird.

Das Verfahren des Bürgerbegehrens ruhe nur deshalb, weil die Initiatoren mit der derzeitigen Lösung leben können. Auch gebe es Bürger in Schwelm, die sich durchaus informiert fühlen. Frau Burbulla begrüßt die Informationsveranstaltung und hofft auf eine rege Teilnahme. Sie hoffe, dass auch diejenigen, die noch ein ungutes Gefühl im Bauch haben, den Weg dennoch mitgehen können.

Die Stadt funktioniere nur mit einer guten Verwaltung und hochmotivierten Mitarbeitern. Der Rat habe die Möglichkeit eine tolle Kleinstadt und attraktive Arbeitsplätze zu bieten.

Weitere Wortbeiträge liegen nicht vor, so das Frau Grollmann-Mock um Abstimmung bittet.

Zunächst ruft sie den mündlichen Antrag des Herrn Kranz auf:
Zur Entwurfsplanung des Rathauses und des Kulturzentrum wird gemäß § 23 GO eine Einwohnerversammlung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	7
	dagegen:	26
	Enthaltungen:	0

Herr Beckmann war zur Abstimmung nicht anwesend.

Entsprechend der erfolgten Änderung der Tagesordnung ruft Frau Grollmann-Mock zur Abstimmung über die Vorlage 154/2019 auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	9
	dagegen:	25
	Enthaltungen:	0

Aufruf zur Abstimmung über die Vorlage 143/2019

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	26
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	

Protokollnotiz:

Das zugesagte Bodengutachten ist am 4.09.2019 an die Fraktionsvorsitzenden und fraktionslosen Mitglieder des Rates versandt worden.

Beschluss

Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, die Planungen für die Neubauten des Rathauses und des Kulturzentrums auf der Grundlage der Entwurfsplanungen (Stand 05.08.2019) fortzuführen, und zwar auf der Grundlage der Kostenberechnungen mit der Summe von 32.600.000 € (Stand 05.08.2019). Die entsprechenden Mittel in Höhe von 32.600.000 € sind in die Haushaltsplanungen 2020 ff. aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	26
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	0

Namentliche Abstimmung:

Ja

Bosselmann, Ralf
Burbulla, Johanna
Flüshöh, Oliver
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Grollmann-Mock, Gabriele
Happe, Andreas
Heinemann, Manfred
Dr. Hortolani, Frauke
Dr. Kaufmann, Michaela
Kick, Hans-Werner
Lenz, Heinz-Jürgen
Lubitz, Eleonore
Lusebrink, Hans-Otto
Müller, Michael
Nockemann, Frank
Philipp, Gerd
Sartor, Christiane
Schier, Klaus Peter
Schulz, Jürgen
Stutzenberger, Olaf
Tempel, Gabriele
Thier, Heinz Georg
Wapenhans, Detlef
Weidner, Johnnie
Zeilert, Hans-Jürgen

Nein

Beckmann, Philipp
Dr. Bockelmann, Christian
Feldmann, Jürgen
Garn, Elke
Kranz, Jürgen
Meckel, Klaus
Pfeffer, Jörg
Schwunk Michael

6.3.1 gemeinsamer Antrag FDP - SWG/BfS 154/2019
Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage 121/2019
vom 29.8.2019

Abstimmung erfolgte im TOP zuvor.

6.4 Terminplanung Rathaus und Kulturzentrum 125/2019

Die Vorlage 125/2019 wurde zur Kenntnis genommen.

6.5 Einsatz von Wasserstoff als Blockheizkraftwerk- 123/2019
Brennstoff

Herr Dr. Bockelmann fragt und bitte um Beantwortung über die Arbeitskreis Zentralisierung:

1. Wo wird der Wasserstoff gewonnen?
2. Wenn Anlieferung; welchen Weg nimmt der Transport?

Herr Lenz führt aus, dass man sich mit den Fragen befasst habe. Es sei ein Alternativvorschlag in der Diskussion über einen Erdgasanschluss den Wasserstoff zu entziehen. Er habe die EnergieAgentur.NRW gebeten zu prüfen und Alternativen vorzustellen. Dies werde im Arbeitskreis Zentralisierung geschehen.

Frau Grollmann –Mock stellt Kenntnisnahme fest.

7 Teilnahme am 7. Energieforschungsprogramm 120/2019
"Innovationen für die Energiewende" des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Beschluss

Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, die Rahmenbedingungen zur Teilnahme am 7. Energieforschungsprogramm „Innovationen für die Energiewende“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zu eruieren und dem Rat der Stadt Schwelm im ersten Quartal 2020 darzustellen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	28
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	1

Frau Sartor und Herr Philipp waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

8 Bericht zum Sachstand Kesselhaus

143/2019

Die Beratung erfolgte im Themenkomplex 6..

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	26
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	0

8.1 gemeinsamer Antrag der Fraktionen FDP - SWG/BfS vom 29.08.2019

153/2019

Die Beratung erfolgte im Themenkomplex 6.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	26
	Enthaltungen:	0

9 Entwurf des Jahresabschlusses 2018 (Komplettfassung)

113/2019

Frau Mollenkott verweist darauf, dass es sich um eine formale Einbringung handele und das fertige Druckstück im Rechnungsprüfungsausschuss beraten werde.

Kenntnisnahme wurde festgestellt..

10 Überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen bei Haushaltsstelle 06.03.04.533100 - Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen - Eingliederungshilfe

118/2019

Herr Menke vom Fachbereich Jugend,Familie & Soziales erläutert die Vorlage.

Herr Kranz fragt nach der zukünftigen Entwicklung inwiefern man gleichbleibende Kosten oder weniger erwarte.

Herr Menke antwortet, dass eine seriöse Einschätzung schwer falle. Trotz steigender Fallzahlen bei der außerstädtischen Beschulung hoffe die Verwaltung mit den beantragten Mitteln auszukommen.

Weitere Fragen lagen nicht vor, so dass Frau Grollmann-Mock zur Abstimmung über die Vorlage 118/ 2019 aufruft.

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 06.03.04.533100 - Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen - Eingliederungshilfe - werden

überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 475.000 € für das Haushaltsjahr 2019 bewilligt. Die Deckung ist je zur Hälfte durch Minderaufwendungen-/auszahlungen bei 06.03.03.533100 und 06.03.03.533200 gewährleistet. Bei den beiden Haushaltsstellen ist jeweils ein Betrag in Höhe von 237.500 € zu sperren.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

Herr Dr. Bockelmann fragt nach dem Stand über die Umsetzung der DSGVO und bitte um Beantwortung über das Protokoll.

Protokollnotiz: Die Verwaltung teilt mit, dass die DSGVO gesetzeskonform umgesetzt sei.

Herr Schwunk habe ein Gerücht gehört, dass die Sparkasse eine Verfügung bekommen habe und das Patrizierhaus nicht abreißen dürfe.

Herr Schweinsberg antwortet, dass es sich hier um ein baudenkmalrechtliches Verfahren handele. Derzeit befindet man sich noch in Klärung ob dem LWL entsprochen werden könne. Oberstes Ziel sei es, Einvernehmen zu erzielen.

Frau Dr. Hortolani habe gehört, dass 1.000 Euro aus städtischen Mitteln an die „Tour der Hoffnung“ übergeben worden seien.

Frau Grollmann-Mock führt aus, dass es sich hier um einen Scheck der Sparkasse gehandelt habe.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 19 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 24.06.2020	Schritfführung gez. Liebscher	Die Bürgermeisterin In Vertretung gez. Schweinsberg
-------------------------	-------------------------------------	--